

Naturschützer fordern Stopp für Neu- und Ausbau von Straßen

Umdenken notwendig / Moratorium gefordert / Geld in Nahverkehr und Bahn stecken

12.9.2019, Mainz. Die Landesvorsitzenden der Naturschutzverbände NABU, BUND und GNOR fordern ein Umdenken in der Verkehrspolitik. Anstatt jährlich Milliarden in den Neu- und Ausbau von Straßen zu stecken, müssten alternative Verkehrskonzepte entwickelt und finanziert werden, die zur Reduktion des Straßenverkehrs beitragen. Daher plädierten die Naturschutzverbände für ein Moratorium aller Neubau- und Ausbaumaßnahmen im Straßenbau. Hierfür müsse sich die rheinland-pfälzische Landesregierung auf Bundesebene stark machen. Ausgenommen von diesem Moratorium sollen nur der Ersatzbau maroder Brücken und Instandsetzungsmaßnahmen, sowie bereits begonnene Maßnahmen sein. Für den in der Diskussion befindlichen 6-spurigen Ausbau der A 643 würde dies bedeuten, die Brücken (Schiersteiner Brücke und Vorlandbrücke) wie geplant fertigzustellen bzw. zu bauen, die erdgebundenen Maßnahmen aber vorläufig zu unterlassen.

Die von der Wissenschaft aufgezeigten dramatischen Folgen der Klimaerwärmung werden Schritt für Schritt Realität. Es müsse jetzt auf allen Ebenen ein Umdenken stattfinden, auch im Verkehrssektor, der aufgrund seiner Wirtschaftsleistung in Deutschland bisher nicht angetastet wird. Es gelte, darüber nachzudenken, wie durch eine grundsätzliche Verkehrswende mehr Nachhaltigkeit auch im Verkehrsgeschehen zu erreichen sei.

Sabine Yacoub, Landesvorsitzende des BUND, fordert: „Vor dem Hintergrund der Abgas- und CO₂-Belastung, des Insektensterbens und des Rückgangs der Vogelpopulationen kommt es jetzt darauf an, neue und kreative Mobilitätskonzepte zu entwerfen, die zur Verminderung des Straßenverkehrs und nicht zu immer größeren Steigerungsraten führen.“ Die Verkehrspolitik der letzten zehn Jahre sei fast ausschließlich auf das Auto gerichtet gewesen, dies müsse sich zugunsten anderer und umweltfreundlicherer Verkehrsträger ändern. „Der Aus- und Neubau von Straßen ist demgegenüber aber nicht nur ein Zeichen dafür, dass man im Straßenverkehr keinesfalls mit Reduktionen plant, er geht auch mit einem massiven Flächenverbrauch einher, der Bemühungen zum Natur- und Umweltschutz zudem konterkariert“, so die NABU-Landesvorsitzende Cosima Lindemann.

Heinz Hesping, Vorsitzender der GNOR, zweifelte die Sinnhaftigkeit bisheriger Verkehrspolitik an. „Prognostizierte Verkehrssteigerungen von rund 30 %, dabei 39 % mehr Schwerverkehr in den nächsten 10 Jahren, wie sollen das die Autobahnen, Straßen und Brücken verkraften?“ Solche Steigerungen passten nicht zum Klimaschutz, der Verkehrsreduzierungen dringend erfordert und erklärten sich demgegenüber vor allem durch Verkehrsverlagerungen von anderen Verkehrsträgern auf die Straße, sowie einen insgesamt erwarteten Zuwachs im Verkehr.

Ein Moratorium biete nach Auffassung der Vorsitzenden der Umwelt- und Naturschutzverbände auch regional die Chance eines Neuanfangs in der Verkehrspolitik. Der Hochmoselübergang, der Lückenschluss der A1, sowie der 6-spurige Ausbau der A 643 sind drei der prominentesten und auch umstrittensten rheinland-pfälzischen Straßenneu- und Ausbauprojekte der letzten Jahre. Sie alle sind auf einen Zuwachs des Straßenverkehrs ausgelegt. Würde man aber ehrlich mit dem Ziel „weniger Straßenverkehr“ operieren, so wäre ein weiterer Ausbau der A 643 durch die hochwertigen Naturschutzgebiete Mainzer Sand und Lennebergwald nicht mehr notwendig.

Unsinnig sei das Ganze auch mit Blick auf die aktuelle Debatte um die enormen Waldschäden im Zuge der Klimaveränderungen. „Der Lennebergwald stirbt vor unseren Augen, und wir diskutieren über den Ausbau einer Autobahn, die ihn zusätzlich schwer belastet“, so die Vorsitzenden der Verbände.

Angesichts der Dringlichkeit im Klimaschutz rufen verschiedene Umweltschutzverbände zur Demonstration #Aussteigen auf. Am kommenden Samstag, 14.9.19 demonstrieren sie mit einer Fahrrad-Sternfahrt und vor den Toren der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt für eine schnelle Verkehrswende.

V.i.S.d.P. und Rückfragen

Heinz Hesping, GNOR-Vorsitzender, 06132-56162

Sabine Yacoub, BUND-Landesvorsitzende, 0174-9971892

Cosima Lindemann, NABU-Landesvorsitzende, 0176-61654355